

AUSSPRACHE

Gegengewichte schaffen!

Niemand wird bestreiten wollen, daß auch in der Bundesrepublik „Die Herrschaft der Experten“ (Beitrag von *Dr. Manfred Kuhn* in Nr. 2 der GM, S. 65 bis 71) längst zu einem Faktum geworden ist. Keine Einrichtung ist völlig frei von der Expertokratie, weder die Regierung noch das Parlament, die Parteien so wenig wie die Interessenorganisationen. Doch sollten wir uns vor dem Glauben hüten, daß mit der rein negativen Widerstandsparole hier sehr viel auszurichten wäre. Denn die Frage lautet doch, wo solche Widerstandskräfte sind. Schließlich ist der Einfluß der Technokraten nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die moderne Gesellschaftsstruktur stark verästelt ist und daß eine bestimmte Propaganda das Ihre dazu tut, die wahren Tatbestände noch zusätzlich zu vernebeln. Oder anders ausgedrückt: Daß die Demokratie durch die Expertokratie gefährdet wird, liegt nicht allein am Machtstreben der Fachleute und an der Position, die sie sich im Laufe der Jahre erbaut haben. Einen großen Teil Schuld hat auch der desinteressierte Staatsbürger, der nur zu bereitwillig das politische, wirtschaftliche und soziale Geschehen „denen da oben“ überläßt, weil für ihn angeblich „gar nichts mehr überschaubar“ sei.

Das legendenumwobene Lieschen Müller, jene von sorgenvollen Publizisten erfundene Gestalt, ist wohl eine ebenso große Gefahr für

das demokratische Leben. Denn dieser Prototyp des „Ohne-mich“-Staatsbürgers bezieht seine Geisteskost ausschließlich aus den nivellierenden Massenschriften der Illustrierten — und Boulevard-Produktion — und von einer anspruchslosen Vergnügungsindustrie. Deren Manager walzen systematisch die Vielfalt der demokratischen Meinungen platt, bringen alles auf den sogenannten einfachen Nenner, simplifizieren also in einer Art, daß der ständige Konsument solcher Publikationen gar nicht mehr in der Lage ist, einen eigenständigen Gedanken zur Welt zu bringen — selbst wenn er das noch wollte. Eingehüllt in einen Nebelschleier der Propaganda, wie ihn staatliche Instanzen, die Großindustrie und allerlei recht dubiose Vereinigungen aufziehen, ist die große Masse der Bürger geradezu froh, wenn ihr andere, und das sind nun einmal die Experten, das Denken abnehmen.

Nun ist es in der Tat außerordentlich schwer, die mannigfaltigen Bereiche des öffentlichen Lebens zu durchleuchten. Einige Publizisten, denen diese Erscheinung offenbar gar nicht so unangenehm ist, ziehen daraus bereits Schlußfolgerungen, die noch beängstigender sind als das bloße Regiment der Experten. Sie meinen nämlich, da der Wähler im Durchschnitt ohnehin nicht in der Lage sei, das richtig beurteilen zu können, was alles auf dem Stimmzettel steht, wäre es auch nicht gut, ihn mit Entscheidungen zu überfordern, deren Tragweite sein Fassungsvermögen übersteigt. Wenn ein solcher Gedankengang konsequent zu Ende geführt wird, entpuppt er sich als der schwerste Anschlag gegen das Prinzip der Volksherrschaft.

Wollen doch jene Leute, denen angeblich eine „Reform“ der Demokratie am Herzen liegt, in Wirklichkeit deren Basis zerstören und das Repräsentativsystem bis zum Exzeß entwickeln. Der Schritt zur kompletten Autokratie ist dann nur noch gering.

Es bleibt also gar nichts anderes übrig, als die gewiß gigantische Aufgabe in Angriff zu nehmen, die darin besteht, den Wähler und Staatsbürger von morgen schon von der Schule her mit politischen Elementarkenntnissen zu versehen.“ Darauf aufbauend müßte freilich eine gründliche Weiterbildung erfolgen, denn nur dann, wenn dem Volk die Gesetze der Politik kein Buch mit sieben Siegeln mehr sind, kann es ein *echtes Gegengewicht* für die sich immer mehr konsolidierende Herrschaft der Experten werden. Insoweit ist es auch notwendig, das Nachwuchsproblem nicht nur unter den Vorzeichen der Technik zu sehen. Es ist zwar unbestreitbar, daß der Bundesrepublik Ingenieure und Techniker aller Art fehlen. Aber weil sich aus der Behebung dieses Notstandes ganz natürlich eine weitere Verstärkung der Position der Technokraten ergibt, muß Hand in Hand damit eine umfassende Heranbildung von jungen Menschen erfolgen, die *allgemein-gesellschaftliche Kenntnisse* erwerben wollen. Sie müssen das Pendant zur „vierten Gewalt“ sein.

Dies alles soll besagen: Auch die Bundesrepublik kennt — von anderen Staaten, wie Amerika zum Beispiel, einmal ganz abgesehen — die Gefahren, die der Demokratie durch den Manager in Gestalt des Fachmannes drohen. Nicht immer steckt, wie die Diplomaten sagen, der Teufel im Detail, sondern der Verhandlungsgegenstand wird häufig erst dadurch völlig verwirrt, daß die Techniker der Diplomatie und der Politik ihn überkomplizieren. Dem wird, auf die Dauer gesehen, nur begegnet werden können, wenn *neutralisierende Kräfte* in die Waagschale geworfen werden, die den Experten wieder auf den Platz weisen, der ihm zukommt: auf den des sachkundigen Beraters.

Helmut Bauer

Nachwuchshysterie ?

Im Februarheft der GM beschäftigt sich Dr. *Manfred Kuhn* mit der „Herrschaft der Experten“ und kommt dabei auch auf das zu sprechen, was er die „Nachwuchshysterie“ nennt, „die gegenwärtig allein für den technischen Nachwuchs entfesselt wird“. Hierzu ist zu sagen, daß nicht alle, die sich um eine Förderung des technischen Nachwuchses bemühen, glauben, soziale Probleme könnten dadurch gelöst werden, „daß alle begabten jungen Leute Techniker werden“. Die Förderung des technischen Nachwuchses in Deutschland entspringt keinesfalls dem „politischen Denken in ausschließlich wirtschaftlichen Kategorien“, sondern trägt nur einer in der Welt tatsächlich vor sich gehenden Entwicklung Rechnung. Diese Entwicklung verlangt

gebieterisch, daß wir uns ihr anpassen, wenn wir nicht zu einem technisch unterentwickelten Gebiet werden wollen. Außerdem dient die Nachwuchsförderung nicht nur dem eigenen Volk, sondern auch den Völkern in den sogenannten Entwicklungsländern, denen wir — auch mit gut ausgebildeten Technikern — helfen müssen. Ferner muß die Förderung des *tedmischen* Nachwuchses durchaus nicht bedeuten, daß die Förderung des Nachwuchses für die *geisteswissenschaftlichen* Disziplinen vernachlässigt wird.

Ich verkenne keineswegs die Gefahr, die in einer immer ausgeprägteren Spezialisierung liegt. Die Ursache der Spezialisierung aber liegt in der Technik selbst. Wir können den damit verbundenen Gefahren nur von der Bildungsseite her steuern. Daß vielerorts nur auf Förderung des technischen Nachwuchses Wert gelegt wird, ist zweifellos ein Fehler, der daher kommt, daß man zu sehr an den unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzeffekt denkt. Solcher Fehler wegen kann man nun aber nicht eine Art Gegenaktion gegen die Nachwuchs- und Begabtenförderung starten. Von der Förderung der Wissenschaften von der Gesellschaft und vom Menschen und von der Förderung des Nachwuchses auf diesen Wissensgebieten hängt Entscheidendes für die Lösung der sozialen Probleme ab. Und schließlich ist das Fördern von Begabungen auf allen Gebieten und mit öffentlicher Unterstützung nicht eine „Nachwuchshysterie“, mit der man sich „von der Grundvorstellung demokratischer Herrschaft entfernt“, sondern eine eminent demokratische Tat.

Waldemar v. Knoeringen

Züge der Nachwuchshysterie

Der Brief von *Waldemar von Knoeringen* veranlaßt mich, meine Kritik an der Nachwuchshysterie für Technik und Naturwissenschaften etwas ausführlicher zu belegen. Vorerst möchte ich nochmals sagen, daß ich konkret nur von den *schweizerischen* Verhältnissen reden kann. Wenn in Deutschland — jedenfalls in der Bundesrepublik — ähnliche Erscheinungen fehlen, dann bin ich darüber selbstverständlich sehr erfreut.

Hierzulande sind *beispielsweise* folgende Entgleisungen zu registrieren: An einem Kongreß der Neuen Helvetischen Gesellschaft hätte kürzlich eine Resolution zu Händen der Bundesbehörden gefaßt werden sollen, um Beiträge des Bundes *ausschließlich* für technischen Nachwuchs zu verlangen. Entsprechende Begehren der Geistes- und Sozialwissenschaften wurden überhaupt nicht diskutiert. — In der Stadt Zürich haben einzelne Mitglieder anläßlich der Beratung einer neuen Stipendienordnung die Ausrichtung allein auf die Technik gefordert; — Zahlreiche Zeitungen brachten offene Briefe an die Maturanden (Abiturienten), um sie zum

Studium technischer Wissenschaften aufzufordern. Die Fonds zur Förderung wissenschaftlicher Arbeit werden erfahrungsgemäß fast ausschließlich für Technik und Naturwissenschaften (inklusive Medizin) verwendet. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Wirtschaft und Industrie die Berufsberatung im Sinne der Berufslenkung für technischen Nachwuchs (zum Teil mit Erfolg) zu beeinflussen versuchen. Ganz besonders groß sind die Anstrengungen für den Nachwuchs in Aviatik und Atomwirtschaft. Vergleicht man die dort investierten Steuergelder mit der Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften, dann kann füglich gesagt werden, daß der Staat *einseitig* nur Technik und Naturwissenschaften fördert, hingegen Geistes- und Sozialwissenschaften in völliger Verken- nung ihrer Bedeutung vernachlässigt.

Angesichts der Tatsache, daß all dies in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Sputnik-Trauma des Westens und mit der Ideologie des (ausschließlich technischwirtschaftlichen) Fortschritts steht, bin ich mit W. von Knoeringen durchaus einig: daß nämlich die Förderung des Nachwuchses in den Geistes- und Sozialwissenschaften keinesfalls vernachlässigt werden darf. Dies eben deshalb, weil eine Grundvorstellung der Demokratie (allgemeine Bildung) solchen Ausgleich dringender denn je gebietet.

Dr. Manfred Kuhn (Zürich)

Zum Mitbestimmungsrecht der Kulturschaffenden

Der „Prisma Kultur-Klub Berlin 58“ hat kürzlich den Aufsatz „Gedanken zum Mitbestimmungsrecht der Kulturschaffenden“ von Dr. *Marta Mierendorff* (GM Nr. 1/59) diskutiert. Aus der sehr lebendigen Aussprache seien die folgenden Äußerungen wiedergegeben:

Etwas Besseres könnte uns Künstlern vorerst gar nicht passieren, als daß sich die Gewerkschaften unserer annähmen.

Es könnten bei Formulierung eines klaren Angebotes an die Kulturschaffenden zwecks Anschluß an den DGB eine gute Kategorie von Kulturschaffenden eine „Bleibe“ finden, die in West-Berlin und in der Bundesrepublik einstweilen viel zu „frei“ herumvegetieren müssen!

Da Böckler und Fette selbst eine gewisse Verantwortung der Gewerkschaften für die Kulturförderung anerkannten, wäre es durchaus zu verstehen und äußerst wünschenswert, würde nun Ernst mit dieser Aufgabe gemacht werden. Sollte es denn in der BR und in West-Berlin wirklich so überaus schwer sein, kulturfördernde Maßnahmen durchzuführen, in denen doch weit kleinere Staaten geradezu vorbildlich sind (Dänemark, Norwegen, Schweden u. a. m.)? Wie beschämend für uns!

Privates Mäzenatentum gibt es kaum mehr, die kulturellen Hilfen durch den Staat sind mangelhaft. Könnten da nicht wirklich die Gewerkschaften und durch sie vielleicht auch die große Industrie sich weit mehr für Kulturförderung einsetzen?

Seit die Künstler offenbar jedes Gefühl für die ihnen zustehende Gemeinschaft verloren haben, zerfällt die Kultur mehr und mehr. Künstler sind Außenstehende in der Wirtschaft, Einzelgänger, zur Ohnmacht verurteilt. Noch im ausgehenden Mittelalter war es anders — die Künstler hatten ihre Gilden und wirtschaftlichen Ordnungen, die gleichzeitig auch Förderung und Schutz bedeuteten. Man kann die Zeit nicht zurückdrehen. Aber ein Anschluß in geeigneter Form an die Gewerkschaften könnte eine neue gute Form werden. Es käme darauf an, wie die Gewerkschaften auf solche Anregung reagieren und sie überhaupt durchführen könnten.

E. Schauwecker